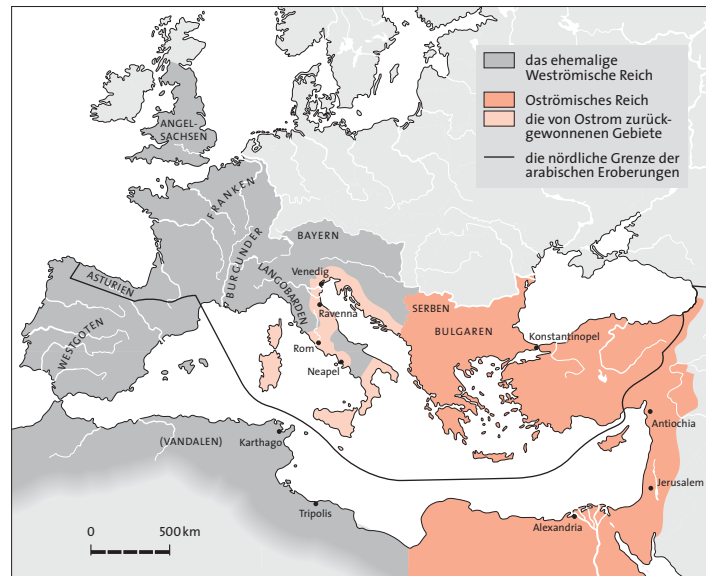


## EUROPAIDEEN: VOM KARLSKULT BIS COUDENHOVE-KALERGI

### Karlskult und Europa-Mythos

Stellvertretend für den Euro wurde Wim Duisenberg am 9. Mai 2002 der Karlspreis verliehen. Die Wahl seitens des Direktoriums der Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen war wohl begründet: »Der Euro ist ab Januar 2002 weit mehr als das einheitliche Zahlungsmittel in Europa. Er trägt darüber hinaus zu einer gemeinsamen europäischen Identität bei, stabilisiert die Gemeinschaft und hat damit eine friedensstiftende Wirkung. Er unterstützt die zukünftige gemeinsame Sicherheits- sowie Außenpolitik und bildet die Basis für eine europäische Arbeits-, Sozial- und Gesundheitspolitik.« Der Euro leiste somit einen »entscheidenden, Epoche machenden Beitrag zum Zusammenwachsen der Völker Europas«, denn Währungen seien in der Geschichte »schon immer mehr als ein Zahlungsmittel« gewesen: »Sie waren und sind immer auch ein Stück Identität und ein Gradmesser politischer, wirtschaftlicher und sozialer Stabilität.«

Der Präsident der Europäischen Zentralbank, die seit dem 1. Juli 1998 Wächterin der Geldwertstabilität ist, nahm die Auszeichnung in Aachen entgegen. Dort werden seit 1950 die Karlspreisträger geehrt, darunter unter anderen Richard N. Coudenhove-Kalergi (für die »Pan-europa-Union« mit ihrem Ziel der Verwirklichung eines europäischen Staatenbundes), Alcide De Gasperi 1952 (für den italienischen Einsatz zur Gründung der NATO und die Integration Europas), Paul Henri Spaak 1957 (für die Zusammenarbeit der Benelux-Staaten und die europäische Einigung), Robert Schuman 1958 (für die Schaffung



Europa bis 750

der Montanunion), Edward Heath 1963 (für die britischen Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft), Salvador de Madariaga 1973 (als Exponent westeuropäischer Kultur und Liberalität), François Mitterrand und Helmut Kohl 1988 (für ihre besonderen Verdienste um die europäische Einigung), Václav Havel 1991 (als Mitbegründer der Bürgerrechtsbewegung in der ČSSR und einer der Initiatoren der »sanften Revolution« in Mitteleuropa), Franz Vranitzky 1995 (für den EU-Beitritt Österreichs) und Bill Clinton 2000 (für seine Bemühungen um Irlands Friedensgespräche).

Die alljährliche Preisverleihung in Aachen zeigt, dass der Karlskult immer noch in Anspruch genommen werden kann. Er schöpft aus reichen historischen Quellen: Christentum und imperiale Tradition, die Berufung auf europäische Kunst und Kultur. Das Christentum



Römische Straßenzüge in der Zeit um 850. Das von den Römern aufgebaute europaweite Straßensystem beförderte in der Zeit nach Karl dem Großen den Waren- und Kulturaustausch.

war nicht nur offensiv, sondern auch aufnahmefähig, die Botschaft der Christen universal: Die »große religiöse und ideologische Neuheit des westlichen Europa« (Jacques Le Goff) hatte sich gegenüber orientalischen Religionen und dem römischen Kaiserkult behauptet und sich der griechisch-römischen Welt als identitätsstiftende Weltanschauung des Imperium Romanum angeboten. Der Aufstieg des Bischofs von Rom zum Papst, die Taufe des Merowingens Chlodwig (ca. 498) und die Krönung Karls des Großen zum Kaiser durch Papst Leo III. am Weihnachtstag des Jahres 800 in Rom waren Stationen auf dem Weg des Zusammenwachsens von römisch-lateinischen und romanisch-germanischen Traditionen. Die römisch-katholische

Kirche war dabei der Kern des neuen Reiches, das sich als Erbe des Imperium Romanum verstand.

Im Dezember 1165, während der Stauferherrschaft und des Schismas, erfolgte Karls Heiligsprechung: Im Beisein Friedrich Barbarossas schreibt Gegenpapst Paschalis III. Karl den Großen in Aachen in das Buch der Heiligen ein. Die Karlsverehrung verbreitete sich schnell durch Bildnisse und Statuen und wurde fester Bestandteil historischer Rückbesinnung. Sie diente schon früh als ideologisches Vehikel und politisches Identifikationsmittel.

Die Idee von Europas Einheit, die ›Geburt des Abendlands‹, blieb mit Karl dem Großen verknüpft, obwohl von europäischem Bewusstsein in der karolingischen Epoche noch kaum etwas zu spüren war. Die Leitmotive des Mittelalters hießen *christianitas* und *ecclesia*. Um die Jahrtausendwende war das Wort »Europa« in der lateinischen Christenheit nicht unbekannt, sein Inhalt aber noch unbestimmt. Klar war nur, dass man dazugehörte, was schon einiges bedeutete. Das Wort »Europa« ist bereits in antiken Texten zu finden. Die Wurzel »ereb« verweist auf das Dunkle, die Gegend, wo die Sonne untergeht, das »Abendland«. So nannten es die an der kleinasiatischen Küste lebenden Phöniker. Die Griechen gebrauchten das Wort für das gestaltlose nördliche Land der »Barbaren«. Der Begriff blieb aber vage und wurde nur selten verwendet. Eine griechische Sage aus Homers Zeiten erzählt von Europe, der Tochter des Agenor – Stammvater der Phönizier – und Schwester des Kadmos, die Zeus in Gestalt eines Stiers nach Kreta entführte und dort mit ihr die Söhne Rhadamanthys, Minos und Sarpedon zeugte. Diese Entführung ist fester Bestandteil der abendländischen Kunstgeschichte geworden.

## Dante Alighieri

Der Florentiner Dante Alighieri (1265–1321) war der erste abendländische Denker, der als Anhänger des Kaisers für die Unabhängigkeit

von Florenz gegen die Ansprüche der Papsttreuen (der »Guelfen«) auftrat. Dem Weltherrschaftsanspruch von Papst Bonifatius VIII. – »Bulla Unam Sanctam« (1302) – widersprach er: Weder das Alte noch das Neue Testament habe einem Priester anvertraut, sich um weltliche Dinge zu kümmern; derlei sei gegen die Natur der Kirche. Der Papst habe die Aufgabe, der Offenbarung folgend, das Menschengeschlecht zum ewigen Leben hinzuführen, und der Kaiser dafür Sorge zu tragen, nach den Lehren der Philosophie den Erdenbewohnern zum irdischen Glück zu verhelfen, also für Freiheit und Frieden zu sorgen. Erwartungsvoll war Dante dem römisch-deutschen König, dem Luxemburger Heinrich VII., dem »Erben Roms« und »Ordner Italiens«, auf dessen Romzug (1312) entgegengeeilt. Der in universalen Kategorien denkende Schöpfer der enzyklopädisch angelegten *Divina Comedia* (Göttliche Komödie) erwartete sich von Heinrich die »Erneuerung der Reichs«. Die historisch begründete Sehnsucht nach Wiederherstellung des (römischen) Kaiserreiches und der Wunsch nach Unterwerfung der Fürsten und Monarchen unter seine Autorität war – angesichts der Fremdherrschaft der Franzosen und Spanier im unteritalischen Raum, der aufstrebenden lokalen und regionalen Gewalten der lombardischen Republiken sowie der wachsenden Macht der Reichsfürsten – als rückwärtsgewandte politisch-ideologische Utopie zu verstehen, die an den Gegebenheiten des 14. Jahrhunderts in Mittel- und Südeuropa scheiterte. Der »Propagandist des Reichs« sah in einer den ganzen Kontinent umfassenden Monarchie das Ziel und neben dem Papst vor allem in Frankreich den Feind dieser Idee, das die Universalität des Heiligen Römischen Reichs nicht anerkannte. Dante zufolge konnte nur eine solche Universalherrschaft Frieden sichern und die verschiedenen einzelnen Gemeinwesen zu einer geregelten Ordnung zusammenfassen. Seiner Auffassung nach wäre hierzu die Herrschaft eines Einzelnen erforderlich. Wie das gesamte Universum seinen Oberherrn in Gott hat, so sollte die Menschheit einen obersten Herrscher, einen Weltmonarchen

**führung des Euro** und die GASP gehabt. Kritisiert wurden einmal mehr die Bürgerferne und die technokratische und komplizierte Unionsstruktur. Das kaum mehr zu durchschauende Gebilde versuchte sich schon seit längerer Zeit durch einprägsame Symbolik und klassische Musik zu vermitteln. Die seit 1986 vom Europarat übernommene blaue Fahne mit den zwölf kreisförmig angeordneten gelben Sternen und die »Ode an die Freude« aus Ludwig van Beethovens Neunter Symphonie als Hymne reichten aber zu einer stärkeren Identitätsbildung nicht aus. Europaschilder statt Zolltafeln an den Binnengrenzen, die Vereinheitlichung der Reisepässe und die Einführung des 9. Mai als »Europatag« sollen diese Defizite beheben helfen. Die Globalisierungsgegnerschaft der 90er Jahre wirkte jedoch auf die EU zurück. Massenproteste gehören inzwischen auch zu den Begleiterscheinungen von Gipfeln und Ratstagen der Union wie zuletzt in Nizza, Göteborg oder Barcelona. Der neue Unionsvertrag trug zur Erhöhung der demokratischen Qualität der EU-Entscheidungsprozesse kaum bei. Das EP wurde jedoch in allen Fällen gestärkt, wo die Mitgliedstaaten im MR für qualifizierte Mehrheitsentscheidungen eintraten. Die Kommission konnte ihre Kompetenzen gegen die Großstaaten verteidigen. Die »verstärkte Zusammenarbeit« gewisser Mitgliedstaaten scheint sie nicht zu beeinträchtigen, doch muss sie das erst nach Inkrafttreten des Vertrags beweisen.

### Der Euro und der »Konvent zur Zukunft der EU« 1999–2003

Seit Dezember 1999 hatte bereits eine Expertengruppe (»Konvent«) unter Vorsitz von Roman Herzog an einer Europäischen Grundrechtscharta gearbeitet – ein Vorhaben, das auf deutsche Initiative zurückgegangen war. Das Mandat dazu erteilte der ER in Köln am 3. und 4. Juni 1999. Der Konvent legte einen Entwurf für eine Charta vor, die feierlich am EU-Gipfel von Nizza am 7. Dezember 2001 verab-

schiedet wurde. Diese hatte aber lediglich den Status einer politischen Erklärung ohne gesetzliche Bindung. Mit Nizza hatte das Vertrauen in die Staats- und Regierungschefs zur EU-Reform bereits abgenommen. Chirac hatte vor dem »Risiko des Stillstands oder der Anarchie« gewarnt: »Die Visionäre sind schon müde.« Die Intergouvernementalisten – Verfechter von fortgesetzter Regierungszusammenarbeit in den EU-Kernbereichen – sahen sich bestätigt, die Supranationalisten – Anhänger der Vergemeinschaftung der Unionspolitik infolge weiterer befürworteter Kompetenzabgaben – auf der Verliererstraße. Das gemeinsame Ziel schien aus dem Blick geraten.

Der 1. Januar 2002 mit dem Umlauf der neuen Währung war nach Inkrafttreten der Römischen Verträge und des Binnenmarktes ein weiterer Markstein in der Geschichte der Wirtschaftsintegration.

Mit EWG und EURATOM war die westeuropäische Kernregion zu einer Zollunion mit gemeinsamer Außenhandelspolitik verbunden und mit den »Vier Freiheiten« (Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr) der schon in den 50er Jahren verkündete »Gemeinsame Markt« im Rahmen der EG Realität geworden, der so genannte »Binnenmarkt«, der auch als eine Reaktion auf die Herausforderung durch die Globalisierung der Märkte gedeutet werden kann. Mit Finalisierung der WWU wurde dem irreversibel erscheinenden Prozess die Krone aufgesetzt. Die politische Integration ließ aber weiter auf sich warten.

Der neu formierte »Konvent zur Zukunft der Europäischen Union«, der seinen offiziellen Auftrag am EU-Gipfel im belgischen Laeken im Dezember 2001 erhalten und am 28. Februar 2002 im EP in Brüssel zum ersten Mal getagt hatte, war eine Reaktion auf das mäßige Ergebnis von Nizza. Er soll bis 2003 Vorschläge zur künftigen Gestaltung der EU ausarbeiten. Der Fahrplan der Konventstätigkeiten las sich so: Bis Juli 2002 sollten ein bis zwei Plenarsitzungen pro Monat mit je eineinhalb Tagen Dauer abgehalten und in der ersten Hälfte 2003 ein Entwurf zur EU-Reform den Regierungen der EU-Mitglieder

präsentiert werden. Gegen Ende 2003 soll eine Regierungskonferenz die Vorschläge des Konvents beraten. Im Laufe des Jahres 2004 sollen die Regierungen einen definitiven Beschluss fassen. 2005 soll der Ratifizierungsprozess in den Mitgliedstaaten anlaufen und 2006 sollen die Vertragsänderungen in Kraft treten. Die Konventsvorschläge sollen den Staats- und Regierungschefs als Grundlage für die Erneuerung des EU-Vertragswerks dienen, die für die Regierungskonferenz allerdings nicht bindend sind.

An den Kernfragen führt kein Weg vorbei: Wie soll die EU demokratischer, effizienter und bürgernäher werden? Die Zielsetzung besteht in einem verfassungsmäßigen Vertragswerk, welches das Institutionengefüge und die Machtverhältnisse der Union ändern soll. Viel wird von der Leitung des Konvents abhängen. Zum Präsidenten wurde der frühere französische Präsident Valéry Giscard d'Estaing, zu Vizepräsidenten der ehemalige belgische Premier Jean-Luc Dehaene und der ehemalige italienische Ministerpräsident Giuliano Amato bestellt. Der aus 105 Mitgliedern bestehende Konvent soll einen gemeinsamen Vorschlag erarbeiten, den die nationalen Regierungschefs nicht einfach ignorieren können. Es bleibt abzuwarten, wie weit die Reformimpulse hinsichtlich der Schaffung einer europäischen Verfassung, einer Änderung des Rotationsprinzips der EU-Präsidentschaften, einer besseren Verteilung und Abgrenzung der Zuständigkeiten in der EU und der klareren Kompetenzerklärung zwischen EU und Nationalstaaten, einer Vereinfachung der Instrumente der Union oder auch die Direktwahl des EU-Kommissionspräsidenten realisierbar sind.

Entwicklung und Zukunftsperspektiven der EU werden in den kommenden Jahren von Fragen ihrer Struktur, das heißt einem Verfassungsvertrag und der Erweiterung im Osten des Kontinents bestimmt. Erst wenn diese Vorhaben gelingen, werden die ökonomischen und politischen Folgen des Kalten Kriegs überwindbar sein. Die Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Staaten würde einer

Zielsetzung entsprechen, die man als »paneuropäisch« bezeichnen könnte. Der Kreis (»Von Portugal bis Polen«) könnte sich, wenn es auch nicht zum 80. Jubiläum der Gründung der Paneuropa-Union (1922–2002) geschah, so doch in Zukunft schließen.

Vom Gelingen des Übergangs von Westeuropa nach Gesamteuropa hängen aber vor allem konsequente und erfolgreiche Reformen der EU-Institutionen ab, die zutiefst von der EWG und EG vorgeprägt sind. Dabei geht es nicht nur um die Verschiebung von Gewichten und Stimmen im MR und EP. Die allzu lange aufgeschobenen und dringend erforderlichen Strukturreformen müssen vor allem die Entscheidungsfähigkeit der EU gewährleisten, ja ihre Effektivität verbessern. Aber auch die Transparenz der Entscheidungen und die demokratische Legitimation der Union dürfen darunter nicht leiden. Solange die wichtigsten Entscheidungsfragen von der Zustimmung aller Mitglieder abhängig sind, ist eine Union der 23, 25 oder 27 Mitglieder von der Gefahr permanenter Paralyse bedroht. Mit diesen schwerwiegenden Problemen werden sich die europäischen Nationalstaaten beschäftigen, auseinandersetzen und hierzu auch Farbe bekennen müssen, wollen sie die EU zu einem *global player* machen.

biens (1989–2000), setzten »ethnische Säuberungen« des Landes von »Nicht-Serben« ein. Die Teilrepubliken Slowenien und Kroatien erklärten 1991 ihre Selbständigkeit, worauf der Konflikt militärisch eskalierte. Mitten in Europa gehörten Völkermord, Internierungslager, Massenvergewaltigungen und Empfängniserzwingung zur Tagesordnung.

Am 11. Juli 1995 exekutierten serbische Einheiten in Srebrenica, in einem Tal im Nordosten Bosniens, mehr als 7000 Muslime, nachdem sie sie von ihren Frauen und Kindern getrennt hatten. Das schlimmste Kriegsverbrechen in Europa seit 1945 wurde durch die komplizenhafte Untätigkeit der internationalen Staatengemeinschaft begünstigt. Rund 400 anwesende holländische UN-Soldaten griffen nicht ein, die Weltorganisation brach ihr 1993 ausgerufenes Versprechen zur Gewährung einer Schutzzone für die bedrängten Muslime und die EU war einmal mehr ohnmächtig. Ein umfassender Untersuchungsbericht wies die Fehleinschätzungen, die Arroganz und das Scheitern der niederländischen UNO-Truppe nach und führte zum Rücktritt der Regierung Wim Kok im April 2002. Srebrenica wurde zu einem innenpolitischen Skandal für die Niederlande. Zudem war es längst zum Symbol und Trauma europäischer Sprach- und Tatenlosigkeit geworden.

Mit dem – ohne UNO-Mandat – durchgeführten NATO-Angriffskrieg gegen »Rest-Jugoslawien« wegen des Kosovo-Konflikts fand die Entwicklung im Jahre 1999 einen Höhepunkt. Die Europäische Union (EU) besaß zwar wirtschaftlichen Einfluss, hatte aber politisch keine Autorität, wie die gescheiterte Friedensmission deutlich machte. Die Situation am Balkan war Ausdruck des Versagens der europäischen Außenpolitik. Die EG war seit ihrem Entschluss vom 28. Juni 1991 durch Entsendung der Außenminister Luxemburgs, der Niederlande und Italiens von Konfliktschlichtung und Erhaltung der Integrität Jugoslawiens ausgegangen. Ähnlich reagierte sie beim Putsch gegen Michail Gorbatschow in Moskau am 19. August 1991 und in

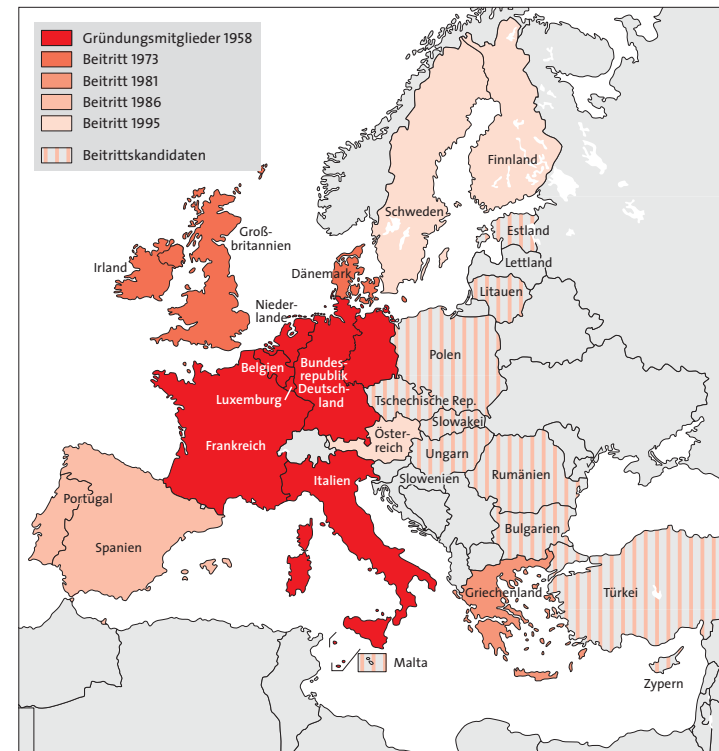
der baltischen Frage. Das Ziel, die traditionellen Staatseinheiten zu erhalten, überwog bei der Brüsseler Bürokratie das Verlangen nach Selbstbestimmungsrecht und Respektierung der Rechte von Minderheiten. Solange diese nicht existentiell bedroht waren, dominierte das Prinzip der Staatsintegrität. Jene EG-Staaten traten für die Erhaltung Jugoslawiens ein, die eigene Minderheitenprobleme nicht problematisieren wollten. Die Ohnmacht der EG in der Jugoslawien-Krise wurde auch auf wirtschaftspolitischem Gebiet deutlich, als Griechenland ein Ölembargo und Handelsanktionen gegen Serbien verhinderte. Dieses Dilemma kam den USA nicht ungelegen. Sie zeigten wenig Bereitschaft, den Europäern eine eigene »Sicherheitsidentität« zuzugestehen, die zu einer Verdoppelung der Militärstrukturen und langfristig möglicherweise zur Konkurrenz der NATO geführt hätte. Demgegenüber standen Konzepte von Kohl und Mitterrand, die Westeuropäische Union (WEU) an die Seite der EG zu stellen und im Rahmen der geplanten EU zum Zentrum einer neuen europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu machen – was wieder auf Ablehnung Londons stieß. Die Aufstellung eines deutsch-französischen Armeekorps schien diesen Absichten Nachdruck zu verleihen. Angesichts der Globalisierung der Konfliktherde und ihrer Verhütung blieben EG und EU aber auf das atlantische Bündnis und die Partnerschaft mit der stärksten Weltmacht angewiesen.

### Vertiefung der EG

In Maastricht wurde am 7. Februar 1992 zweifellos ein historischer Vertrag unterzeichnet. Die in ihm konzipierte Union sollte die bisherigen EG-Verträge umrahmen und verknüpfen. Verträge der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) wurden novelliert, neue Bestimmungen über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), die die Europäi-

sche Politische Zusammenarbeit (EPZ) ablösen sollte, und die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres (Asylpolitik, Einwanderungs- und Ausländerpolitik, Drogenbekämpfung, System EUROPOL) verabschiedet. Hinzu kamen noch das Subsidiaritätsprinzip, die Unionsbürgerschaft, die Einführung der WWU in drei Stufen, ein neues Mitentscheidungsverfahren des EP und der Ausschuss der Regionen (AdR). An der Einstimmigkeit des Ministerrats (MR) sollte sich nichts ändern, wie auch die relative Inkompetenz und Machtlosigkeit des Europäischen Parlaments (EP) weitgehend beibehalten wurde. Das vielzitierte »Europa der Regionen« erfuhr im beratenden AdR nur eine schwache Profilierung.

Um die Ratifikation des Vertrags setzte eine mit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) der 50er Jahre vergleichbare heftige Diskussion ein: Die Gegner argumentierten, dass die Grenze des Zumutbaren erreicht, der Weg einer nachvollziehbaren Politik verlassen worden sei und die forcierte Integration von oben zu neuem Nationalismus führe. Anstatt eines offenen liberalen Systems, welches den Wettbewerb fördere, verfestige sich eine Bürokratie des Zentralismus, Protektionismus und Interventionismus. Mit Maastricht wurde »die Festung Westeuropa« assoziiert: Statt die mittel- und osteuropäischen Staaten vom offenen Markt profitieren zu lassen, seien Zugänge versperrt und die Zollmauern erhöht worden. Die Befürworter hielten dem entgegen, dass in der Konzentration auf die Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft (EG) keine Verweigerung von Hilfe zu sehen sei. Ein starker Westen sei die beste Voraussetzung für die Unterstützung des Ostens. In der Sachpolitik befürchteten die Maastricht-Gegner in der Umwelt-, Sozial- und Währungspolitik eine Nivellierung nach unten. Sie bezweifelten, dass ein »Europa der Bürger« geschaffen würde, und argumentierten, dass sich das Europa der Lobbies verfestige: 72% der Gemeinschaftskosten entfielen 1995 auf Interessengruppen. Diese seien die eigentlichen Profiteure der EU, nicht die Bürger; der Großteil der Regulierungen diene



Die Erweiterungen der Union: Von der EG zur EU

nur dem Ziel, den Interessengruppen Privilegien zu verschaffen, den Wettbewerb zu schwächen und dem Verbraucher zu schaden.

Das negative Resultat des Maastricht-Referendums in Dänemark vom Juni 1992 löste in Brüssel einen Schock aus. Obgleich die Ablehnung mit 50,7% denkbar knapp ausfiel, war sie symptomatisch für die zwiespältige öffentliche Meinung zur EU, wie sie im September 1992 auch in Frankreich der knappe positive Ausgang (51,05%) zum Ausdruck brachte. Inzwischen hatten die Iren im Juni befürwortend

votiert und die EG-Außenminister zwei Wochen vorher beschlossen, das Maastrichter Unionspaket nicht aufzuschneiden und notfalls auch ohne Dänemark das Vertragswerk zu ratifizieren. Schließlich wurde mit Kopenhagen noch nachverhandelt und am Europäischen Rat (ER) in Edinburgh am 11. und 12. Dezember 1992 Ausnahmeregelungen zugestanden, was im Mai 1993 ein positives dänisches Referendum (56,8%) brachte. Großbritannien schloss sich von den Vereinbarungen zur Sozialpolitik aus. Die Diskussion um die Ratifizierung von Maastricht löste eine Krise des Europagedankens aus.

Die Befürchtung, dass mit der EU als politischem Zweckverband zur ökonomischen Interessensicherung weder europäischer Bürgersinn und Patriotismus noch supranationaler Solidarwillen zu erzielen sei, war nicht von der Hand zu weisen. Die verstärkte Westbindung des geeinten Deutschlands im Zuge von Maastricht hatte desintegrative Effekte mit Blick auf die mittel- und osteuropäischen Staaten (MOE), deren Anbindung an den Einigungsprozess sich durch die Vertiefungsziele verzögern sollte. Mit der Osterweiterung machten sich mehr und mehr Sorgen bei den EU-Mitgliedern breit, vor allem darüber, wie die Subventionserwartungen der Beitrittskandidaten zu erfüllen seien. Der Um- und Abbau der sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Strukturen in Westeuropa war für die Sanierung der Staatshaushalte im Zeichen der Erfüllung der Konvergenzkriterien von Maastricht notwendig, aber auch um die EU erweiterungsfähig zu halten.

### Sicherheitspolitische Agonie

Im Zuge des Jugoslawien- (1991–1996) und des Kosovokrieges (1999) wurde es bereits erkennbar, im Kontext des US-(anglo-)amerikanischen Kreuzzugs »infinite justice« gegen das Taliban-Regime in Afghanistan offenkundig: Die EU hat in den 90er Jahren versäumt, zur sicherheitspolitischen Ordnungsmacht in Europa zu werden, weil sie

nicht fähig war, gemeinsame Lagebeurteilungen zu treffen und sich auf ein geschlossenes Handeln zu verständigen.

Mit Beginn des neuen Jahrtausends wurde die sicherheitspolitische Marginalisierung Europas am Beispiel der Bekämpfung des Terrorismus überdeutlich: Die USA, China, Großbritannien und Russland schlossen sich zu einer Allianz zusammen, die Kontinental-Europäer wollten zwar keinen Verdacht an ihrer »uneingeschränkten Solidarität« aufkommen lassen, an ihrer militärischen Inhomogenität und Unentschlossenheit konnte jedoch kein Zweifel sein – sonst hätten die USA sich wohl nicht entschieden, ohne den NATO-Verbund zu handeln. Der 1999 geschaffene, von Javier Solana bekleidete Posten eines Hohen Beauftragten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), der für Außenpolitik zuständige EU-Kommissar Chris Patten und die seit Nizza so genannte Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind wenig überzeugende Neuerungen. Der »Mr. GASP« wurde nicht der Kommission zugeordnet, sondern dem Ministerrat (MR) angegliedert, so dass Solana permanent vom Willen der 15 Regierungen abhängt. Eine Verschmelzung seiner Position mit der von Patten wurde zwar gefordert, erscheint angesichts nationalstaatlicher Resistenz allerdings wenig aussichtsreich.

Die NATO bleibt trotz US-Unilateralismus ernst zu nehmen. Die USA gehören ihr weiter an. Die Beziehungen zu Russland intensivierten sich zuletzt auf sicherheitspolitischem Sektor. Europa droht vor diesem Hintergrund weitere Marginalisierung. Solana wiederum ist nur Vertreter der EU, die zwar wirtschaftliche Macht, aber praktisch kaum politische, geschweige denn militärische Potenz hat. Die Gestaltung einer gemeinsamen Außenpolitik ist unter 15 Staaten mit divergierenden Interessen äußerst schwierig. In Konfliktfragen ist NATO-Vermittlern weitaus mehr Aussicht auf Erfolg beschieden als solchen der EU. Die Dominanz des atlantischen Bündnisses scheint sich in der europäischen Sicherheitspolitik weiter zu behaupten.